

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 89 (2018)
Heft: 7-8: Familie : Schutzraum und Kampfzone

Rubrik: Lohrs Legislatur : "Der Ständerat zückt bei der ELG-Revision die gelbe Karte und mahnt zu Augenmass"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Der Ständerat zückt bei der ELG-Revision die gelbe Karte und mahnt zu Augenmass»

So etwas habe ich in meiner nun bald siebenjährigen Tätigkeit im Bundeshaus noch nie erlebt. Nachdem der Nationalrat in der Wintersession bei der Revision des Gesetzes der Ergänzungsleistungen (ELG) einer grundsätzlichen Verschärfung der Bedingungen – wenn in einzelnen Punkten auch nur sehr knapp – zugestimmt hatte, ist der Ständerat in der Sommersession konsequent eine andere Linie gefahren. Die kleine Kammer hat am 30. Mai in einer bemerkenswert kurzen ersten Differenzdebatte keine Zweifel daran gelassen, dass sie nicht gewillt ist, in den nächsten Monaten eine sozialpolitisch harte Version zuzulassen. Doch ist es ihr mit dem deutlichen Antikurs gegenüber dem Zweitkurs auch wirklich gelungen, einen Scherbenhaufen zu vermeiden? Das kann, muss aber nicht sein. Denn die Gegenreaktion seitens des Nationalrats wird den politischen Machtspielchen folgend im Herbst nicht auf sich warten lassen. Je nachdem, wie sie ausfallen wird, lassen sich konkretere Prognosen erstellen.

Ich kann das Verhalten des Ständerats nachvollziehen

Denn eines ist klar: Eineinviertel Jahre vor den nächsten Parlamentswahlen werden sich die verschiedenen Parteien sehr wohl überlegen müssen, ob es klug sein kann, beispielsweise die längst versprochene Anpassung der Mietzinsmaxima nur halbherzig mitzutragen oder klare Bekenntnisse zu einem würdigen Leben für Menschen abzugeben, die nachweislich eine Unterstützung benötigen. Ein Sozialausbau ist – zumindest in diesem Punkt – sind sich ja beide Räte einig – im aktuellen Umfeld nicht opportun.

Ich teile sehr wohl die Meinung, dass gewisse Einstiegsstufen überprüft, sicher korrigiert, vielleicht sogar verschärft werden müssen. Auch ist mir bewusst, dass wir bei der Anpassung unserer Sozialwerke den Mut zu kreativen Veränderungen nicht einfach beiseite lassen dürfen. Doch ich kann das Verhalten des Ständerats nachvollziehen, dass er bei der ELG-Revision die gelbe Karte gezückt und Augenmass gefordert hat.

Dass der Nationalrat noch einmal genauer und überlegter hinschauen muss, ist sicher berechtigt. Denn selbst bei denjenigen, die verlangt hatten, die Schraube stärker anzuziehen, sind im Nachhinein gewisse Einsichten aufgekommen, über das Ziel erst einmal hinausgeschossen zu haben. Natürlich ist man aber auch auf dem richtigen Weg, gewisse Unsinnigkeiten zu beseitigen. Hier denke ich in erster Linie an Prämienverbilligungen als obskure Gewinnmodelle.

Die Auseinandersetzung mit der Realität, dass Menschen in unserem Land auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind, gehört für mich zu unserer politischen Verantwortung. Ein



«Ich teile sehr wohl die Meinung, dass gewisse Einstiegsstufen überprüft, sicher korrigiert, vielleicht sogar verschärft werden müssen.»

Christian Lohr, Nationalrat CVP Thurgau, ist der einzige Rollstuhlfahrer im Bundesparlament.

«Der Druck auf Bundesbern nimmt zu – und er wird weiter zunehmen.»

vordringliches Ziel ist für mich neben der fairen Beurteilung der Eigenverantwortung im Prozess des Geldverzehrns vor und nach dem Pensionsalter ebenso die Vereinfachung des ganzen Systems. Es kann und darf nicht sein, dass immer wieder Konzepte gemacht werden, die gegenseitige Abhängigkeiten schaffen, die dann kaum mehr saubere Optionen zur Entflechtung offenlassen.

Ist man nun in der erwartet zähflüssigen Differenzbereinigung bereit, vielleicht auch nur in kleinen Schritten aufeinander zuzugehen? Oder man treibt die ganze Sache so weit, dass der Absturz am Ende die logische Folge ist. Daran darf nun wirklich gar niemand ein Interesse haben, denn schliesslich sind die von dieser Gesetzgebung Betroffenen nicht dieselben Menschen wie die politischen Akteure.

Der Druck auf Bundesbern nimmt stetig zu – und wird weiter zunehmen, denn in

der Zwischenzeit weisen die Gemeinden und Kantone immer stärker auf die Gefahren der Armutsentwicklung hin. Die öffentliche Hand will jedoch kritisch verfolgen können, welche Wirkungen ihre finanziellen Mittel letztlich erzielen. Ich meine, wir müssen deshalb nicht nur über Fehlanreize diskutieren, ebenso müssen wir uns über sozialpolitische Fehlentwicklungen unterhalten.

Viel zu einfach und zu billig

Diese Themen dürfen aber nur vertieft und nicht einseitig angegangen werden. Alles nur mit gewissen eingefahrenen Mechanismen erklären zu wollen, das erscheint mir eben dann doch viel zu einfach und zu billig. Einfache Lösungen im Bisherigen-Modus werden nicht zu finden sein, da muss sich schon etwas bewegen. Aber nur so, dass die Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen auch anständige Zukunftsperspektiven fürs Leben haben. ●